

und Ministerposten. Sie verätschten im Interesse ihrer Koalitionspolitik Friedrich Engels, der in seinem Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ den Klassencharakter der bürgerlichen demokratischen Republik brandmarkte:

„Man glaubt schon einen ganz gewaltig lähnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht hat vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht anders als in der Monarchie.“

Sie belagten das Proletariat, daß man den bürgerlichen Staat über die Kräfte der Koalitionspolitik einfach „übernehmen“, „mit sozialem Inhalt erfüllen“ könne, statt ihn zu zerbrechen und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Heute ist das Leben selbst der Schwurzeuge, wenn die Weimarer Republik der Seering, Wels und Ebert den Weg gebnet hat. Statt der angeblichen „Demokratisierung der Reichswehr“, der die SPD. Jahr um Jahr Milliarden bewilligt hat, ein Reservierungsfeld für Hitler unter dem Kommando seines Vertrauensmannes, des Generals von Schleicher! Statt der „Demokratisierung der Justiz im Dienste der Arbeiter“, Justizurteile gegen Kommunisten und Reichsbannerarbeiter, die sich der braunen Nordpeit zur Wehr setzen. Legalisierung, blutiger Terror des Hitlerfaschismus, sich breitmachendes Fürstengeschmeiß, Milliardenabventionen an die Industriefürsten, die Sanitätsmagnaten, die Großkapitalisten, die Kornerordnungszeitliche des Rentens, Lohn- und Unterstüßungsstaubs, der feuerlichen Ausplünderung gegen die Armen, ein Kabinett der großagrarischen und schwerindustriellen Schatzkammer, das Kabinett der unmittelbaren Auftrags- und schichtlichen Diktatur — das ist das Resultat der seit 14 Jahren bestehenden Weimarer Republik, die die SPD.-Führer in den Jahren 1918, 1920, 1923 mit Strömen vergossenen Arbeiterblutes gegen die Revolution verteidigt haben.

Heute versuchen sie, sich der Verantwortung vor der Arbeiterschaft zu entziehen, indem sie die Lösung der „zweiten Republik“ ausgeben. Heute verleugnen sie ihre eigene Republik, in der sie schrittweise jahrelang selbst die bescheidensten demokratischen Rechte der ausgebeuteten Klasse abgebaut und dem Faschismus, der Methode der unmittelbaren Gewaltanwendung gegen die arbeitenden Massen, den Weg bereitet haben.

Aber es ist nicht nur eine infame Wahlentagoie, die sich hinter der Lösung verbirgt, sondern darüber hinaus die Bereitschaftserklärung der SPD.-Führer, die schichtliche Unterdrückungspolitik der kapitalistischen Diktatur nicht nur außerparlamentarisch durch Abwägung des revolutionären Massenkampfes zu führen, sondern sich abermals an Stelle ihrer gegenwärtigen stillen Tolerierungspolitik offen an der „Machtausübung“ als Regierungspartei zu beteiligen.

„Gerade, weil die Bourgeoisie sich der Sozialdemokratie vollkommen sicher ist“, schreibt Genosse Thälmann in seinem Artikel in der „Internationale“, „kann sie einen Kurs einschlagen, der darauf verzichtet, der SPD.-Führerschaft für ihre weiteren Dienste nennenswerte Belohnung zuzuwenden. Die Prüdeln im Staatsapparat, die bisher einer bestimmten arbeiterrätlichen Oberherrschaft von der Bourgeoisie eingeräumt wurden, werden in stärkerem Maße wieder von den Angehörigen der herrschenden Klasse selbst und ihrer nationalsozialistischen Trabanten mit Beschlag belegt. Die Bourgeoisie ist sich darüber klar, daß die sozialfaschistische Führerschaft auch unter Zukunft ihre Dienste für das kapitalistische System fortführen wird.“

Weil die SPD.-Führer auf dem Boden der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung stehen, werden sie die von ihnen mal beeinflusste proletarische Massenbasis jederzeit, auch unter der Papen-Regierung, zur Milderung der revolutionären Massenbewegung einzusetzen versuchen. Aber das heißt nicht, daß sie auf den Konkurrenzkampf mit der nationalsozialistischen Stütze der kapitalistischen Diktatur, auf den Kampf um die Staatspräzedenz, um die Behauptung der staatlichen Exekutivgewalt im Dienste des Finanzkapitals verzichten würden. Hinter ihrer Lösung „zweite Republik“ verbirgt sich die Erschöpfung möglichst vieler Parlamentsmandate, um nach dem 31. Juli nicht nur als Tolerierungspartei, sondern als Koalitionspartei und Regierungspartei die Geschäfte der Ausbeuter wieder zu besorgen. Hinter der Phrase der „zweiten Republik“ verbirgt sich ihre Bereitschaft, den Notverordnungsurs Brünings verhängt fortzuführen, seine Subventionspolitik an die Millionäre, seinen notverordneten Lohn- und Unterstüßungsabbau gegenüber den Arbeitern, seine Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, seine „Kanalisierungsversuche“ gegenüber dem Hitlerfaschismus als la Reichswehrrecht Groeners.

Was der Papen-Regierung als Kabinett der unmittelbaren Auftrags- und schichtlichen Diktatur als Aufgabe gestellt ist, die Verschärfung der revolutionären Arbeiterbewegung, die tiefste soziale Anebelung der arbeitenden Masse, die „Ueberwinterung“ des kapitalistischen Systems gegenüber dem Ansturm der Not und des revolutionären Kampfes, diese Aufgabe durchzuführen, melden die SPD.-Führer ihre Adresse an, rühren die Wahlstimmen, versuchen unter der Vorpiegelung einer kommenden zweiten „besseren Republik“ die sozialdemokratischen Wählermassen einzufangen. Darum auch ihre Kennzeichnung der Papen-Regierung als „Kabinett der Nazibarone“, deshalb ihr frecher Versuch, die bisherige Brüning-Regierung als dem Klasseninteresse nach der Papen-Regierung entgegenzusetzen, sie als das „kleinere, wieder erprobenswerte Uebel“ den Massen schmackhaft zu machen, obwohl die Brüning-Regierung genau so wie heute das Papen-Kabinett die Regierung der Bourgeoisie, des Finanzkapitals, des kapitalistischen Systems war.

„Daß die Junker, Barone und Freiherren wieder die Macht ausüben, daß die Erben einer verfaulten Klasse und längst untergegangenen Gesellschaftsordnung wieder emporgeführt werden, ist von großer Bedeutung im Kampf gegen das Papen-Regime, verührt aber trotzdem nicht die Hauptfragen des Klassenkampfes. Das Proletariat darf nicht vergessen, daß sein Hauptfeind nicht die mittelalterlichen Raubritter oder ihre Nachkommen sind, sondern nach wie vor die Bourgeoisie, das Finanzkapital, das kapitalistische System, in dessen Dienst die Generale des Papen-Regimes genau so stehen wie die Frontsoldaten der Brüning-Ära. (Aus dem Artikel des Genossen Thälmann.)

Wenn die Höltermann und Wels die Parole der „zweiten Republik“ zur Lösung eines neuen Massenbetrugs erheben, so antwortet ihnen das revolutionäre Proletariat: Jawohl, eine andere Republik als die Republik der Hindenburg, von Papen und Seering ist die Sehnsucht und das Kampfziel der hungernden Massen. Es ist die Republik, in der es keine Ausbeuter gibt, sondern die Arbeiter, die werktätigen Bauern, alle bisher Ausgebeuteten und Unterdrückten selbst die Herren der Fabriken, der Maschinen, des Grund und Bodens sind. Es ist die Republik, die die Betriebe wieder öffnet, wo die Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehört wird. Es ist die Republik,

Antifaschistische Aktion über Deutschland!

Rüstet zur Antifaschistischen Kampfwoche vom 10. bis 17. Juli!

Antifaschistische Kampfwoche, das heißt: Steigerung der Offensive gegen Renten-, Lohn- und Unterstüßungsabbau.

Antifaschistische Kampfwoche, das heißt: Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit, der Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den reformistischen Gewerkschaften.

Antifaschistische Kampfwoche, das heißt: Vorbereitung und Anlösung von Teilkämpfen gegen das Notverordnungs-system der Papen, Schleicher und Gayl, Steigerung der Teilkämpfe zu Massenaktionen und zum politischen Massenstreik.

Antifaschistische Kampfwoche, das heißt: Schaffung des festen Bündnisses zwischen Stadt und Land.

Antifaschistische Kampfwoche, das heißt: Bildung der Staffeln des roten Massensebstschutzes in allen Arbeiterstraßen, Arbeiter-siedlungen und Betrieben.

Antifaschistische Kampfwoche, das heißt: Unermüdete Werbung für die Kommunistische Partei und ihre Presse.

Roter Auftakt am Sonntag, dem 10. Juli!

Am 10. Juli: Berliner Konferenz der Antifaschistischen Aktion. Eine Flut von Betriebs-, Erwerbslosen- und Gewerkschafts-versammlungen am 11., 12. und 13. Juli.

Organisiert in diesen Tagen eine Welle von vielen tausenden Versammlungen in den Betrieben, auf den Stempelstellen und

in den Gewerkschaften. Uberschwemmt ganz Deutschland mit einer Flut roter Häuserblock- und Betriebszeitungen.

Massendemonstrationen am 14. und 15. Juli

Am 14. und 15. Juli marschieren der rote Massensebstschutz, marschieren alle Antifaschisten.

Haus- und Hofagitation am 16. und 17. Juli!

Am 16. Juli muß die Antifaschistische Aktion in allen Arbeitervierteln die Straßen, Häuser, Höfe, Arbeiterlokale, die ganze proletarische Öffentlichkeit beherrschen. Rote Werber, Sannler, Literaturverkäufer, Flugblattverbreiter, rote Agitatoren und Sprechchöre vor die Front!

Roter Landsonntag am 17. Juli!

Am Sonntag, dem 17. Juli, alle Antifaschisten aufs Land. Schafft Aufklärung auf dem flachen Lande, mobilisiert die Landarbeiter und kleinen Bauern, reißt sie ein in die Front des antifaschistischen Massenkampfes. Eine Sturmflut der Antifaschistischen Aktion muß in der Woche vom 10. bis 17. Juli über Deutschland hinweggehen. Antifaschisten sturmbereit! Mobilisiert den letzten Mann! Agitiert für die Liste der Antifaschisten, für die Wahl der Vertreter der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, für die KPD., für die Liste 3!

Sturmbanner der Antifaschistischen Aktion über Rhein und Ruhr

Gewaltige Kampfmärsche — 800 uniformierte Reichsbannerarbeiter im gleichen Schritt mit revolutionären Antifaschisten — „Nur die Republik ohne Kapitalismus!“

Hattingen, 6. Juli. Der gestrige Massenaufmarsch als Antwort auf den Feuerüberfall der Nazibanditen war ein über-wertiges Bekenntnis zur gemeinsamen Antifaschistischen Aktion. An dieser Demonstration, der wichtigsten, die Hattingen je gesehen, nahmen 800 Reichsbannerkameraden in voller Uniform teil. Die Massenkundgebung von 4000 Arbeitern und Werktätigen schloß mit einem Kampfgelübde zur einheitlichen Kampffront gegen Papen-Notverordnungs-diktatur und Nazi-Mordpeit.

Genosse Kemmele spricht zur größten Antifaschistenkundgebung Düsseldorf

Düsseldorf, 6. Juli. Die gestrige antifaschistische Massenkundgebung auf dem Oberbiller Markt, war die bisher größte in Düsseldorf. Der große Markt reichte nicht aus, um die Massen zu fassen, die sich bis weit in die Nebenstraßen stauten.

Die Reichsbannerarbeiter bildeten in diesen Arbeitervierteln spontan Spalier für die Demonstration der Antifaschisten. Sie marschierten zwar auf Befehl ihrer Gauführung nicht mit im Zuge, aber sie befanden sich durch die Begrüßung des Zuges unzweideutig ihren Willen zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf.

Auf dem Oberbiller Markt sprach Genosse Hermann Kemmele, immer wieder von Beifall unterbrochen, zu den Massen: „Die sozialdemokratischen Führer versprechen jetzt, daß sie für die zweite, für die bessere Republik kämpfen würden. Wir aber erklären, daß es nur eins geben kann, die Republik ohne Kapitalismus, die deutsche Sowjetrepublik. Möge man von der sozialdemokratischen Führung alles versuchen, die kämpfende Einheitsfront zu sabotieren, der Zusammenschluß von unten her wird doch erfolgen, dann wird nicht das Dritte Reich, sondern die III. Internationale marschieren.“

Solle Selbsterniedrigung vor Papen und Schleicher

Preussische SPD. Landtagsfraktion für Fortdauer des „Vorwärts“-Verbots

Zu gestern wieder zusammengetretenen Preussischen Landtag beantragte die kommunistische Fraktion, die preussische Regierung zu beauftragen, das „Vorwärts“-Verbot sofort aufzuheben. Der Antrag beantragt weiter die Preussen-Regierung, weder von sich aus, noch im Auftrag der Reichsregierung Zeitungen oder Organisationen zu verbieten und den nachgeordneten Behörden der Preussen-Regierung das Recht zu entziehen, irgendwelche Verbote zu verhängen.

Genosse Wilhelm Pies, der gestern diesen Antrag begründete, erklärte dazu, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Eingriff in die Presse, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, der sich letzten Endes ja doch nur gegen die revolutionären Organisationen richte, aufs schärfste von den Kommunisten zurückgewiesen werde.

Toll war die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion, die ein klassisches Zeugnis für ihre Ergebenheit gegenüber der Papen-Gayl-Regierung ablegte. Ihr Abgeordneter Dr. Hamburger erklärte im Auftrag der SPD-Fraktion, daß der kommunistische Antrag wirkungslos sei, weil Seering ihn nicht durchführen könne. Deshalb beantragte die SPD., den Antrag dahingehend zu ändern, bei der Reichsregierung unter-tänigst um die Aufhebung des „Vorwärts“-Verbots zu betteln. Diese beantragte Änderung wurde abgelehnt und der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen an-

genommen, obwohl SPD. und Zentrum durch Nichtbeteiligung an der Abstimmung Obstruktion übten.

Welche Heiden der Demokratie sind doch diese SPD.-Führer! Wenn Papen-Gayl ihre eigene Presse verbietet, dann tuscheln die sozialdemokratischen „Vertreter des souveränen Volkes“, von dem angeblich „alle Macht ausgeht“. Dann dürfen sie sich aus Angst, ihren Minister in Konflikt mit den schichtlichen Reichsdiktatoren zu bringen. In diesem Beispiel zeigt sich, was hinter den Worten der SPD.-Führer vom „Kampf gegen das Papen-Kabinett“ steht: Nicht nur Ausweichen vor jedem Zusammenprall mit dem Kabinett der schichtlichen Reaktion, sondern direkte Unterstützung der schichtlichen Politik der von Papen und Hitler,

SPD.-Oberpräsident verbietet Frankfurter SPD.-Zeitung

Frankfurt a. M., 6. Juli. Die Frankfurter SPD.-Zeitung „Volkstimme“ ist von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Haas, auf fünf Tage verboten worden, weil die Zeitung unter der Ueberschrift „Nationale Würdelosigkeit“ das Interview Papens mit dem „Matin“ kritisiert hatte. Die Reichsregierung erklärte darin eine Berichtigungsmachung und forderte ein Verbot. Dieser Forderung des monarchistischen Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl hat der SPD.-Oberpräsident sofort Folge geleistet. Kommentar erübrigt sich.

SPD.-Leutnehmer verbietet sein Parteiblatt

Darmstadt, 6. Juli. Auf Wunsch des Reichsinnenministers wurde auch das Kopfblatt der sozialdemokratischen Frankfurter „Volkstimme“, die „Oberhessische Volkszeitung“ in Siegen, auf fünf Tage verboten. Sprach das Frankfurter Verbot der sozialdemokratischen Oberpräsident aus, so ist das Verbot des hiesigen SPD.-Blattes durch den sozialdemokratischen Innenminister von Hessen, Leutnehmer, verhängt worden.

Was sagen die SPD.-Arbeiter zu diesen Ge-fälligkeiten ihrer Führer für Papen?